

# Erbprinz: Bezahlter Elternurlaub kaum ohne höhere Steuern möglich

**Vereinbarkeit** Ein Elternurlaub mit Lohnfortzahlung von 80 Prozent ist in den Augen von Erbprinz Alois eher unwahrscheinlich - man müsse innovativer denken.

VON DANIELA FRITZ

Drei Viertel der Eltern wünschen sich gemäss der vom Ministerium für Gesellschaft in Auftrag gegebenen Familienumfrage einen bezahlten Elternurlaub - mit einer Lohnfortzahlung von 80 Prozent. Dies zu finanzieren sei allerdings eine grosse Herausforderung und wird wohl kaum ohne eine Erhöhung der Steuern und Lohnnebenkosten möglich sein, gibt Erbprinz Alois im Ge-

spräch mit dem «Volksblatt» zu bedenken. Selbst bei den betroffenen Eltern sei die Bereitschaft dafür aber nicht sehr hoch gewesen. «Grössere Chancen hätte man vermutlich mit einem schrittweisen Vorgehen», erklärt er im morgen erscheinenden Staatsfeiertagsmagazin.

## Gemeinden einbeziehen

«Es braucht also sicher noch einige Überlegungen und die Bereitschaft, innovativ zu denken. Vielleicht wäre es sinnvoll, auch die Gemeinden in die Finanzierungsüberlegungen mit einzubeziehen.» Innovative Lösungen sowie die kurzen Wege im Land könnten es laut dem Erbprinzen auch kleineren Unternehmern erleichtern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern: «So hat zum Beispiel die Wirtschaftskam-

mer vor einiger Zeit bei den Lehrlingen die Verbundausbildung eingeführt. Möglicherweise könnten ähnliche Ansätze auch bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgreich sein.» Es gehe aber nicht nur um die finanzielle Wertschätzung, betonte der Erbprinz: «Wichtig wäre auch, bei den Unternehmen eine Kultur zu etablieren, dass die Eltern eine Verbindung zum Berufsleben bewahren können und sich das Nutzen von Teilzeitangeboten nicht negativ auf die Karriere-möglichkeiten auswirkt.»

## Reserven sinnvoll investieren

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aber nur ein Bereich, wo das geschäftsführende Staatsoberhaupt gerne etwas mehr aufs Gaspedal steigen würde. «In nächster Zeit

wäre es auch wichtig, dass wir im Bereich der nachhaltigen Finanzierung der Sozialwerke einen Schritt weiterkommen», so Erbprinz Alois. Den Fokus würde er dabei vor allem auf die Alterspflege legen. Hier könnte durchaus ein Teil der Staatsreserven in Höhe von rund 1,7 Milliarden Franken sinnvoll investiert werden, etwa um die Übergangsgenerationen bei einer allfälligen Einführung einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung einzukaufen. Denn mit einem effizienteren Vorsorgesystem für die Alterspflege könnten die laufenden Kosten insgesamt niedriger gehalten werden - womit wieder mehr Geld für andere Gesundheits- und Sozialbereiche zur Verfügung stände. Von höheren Staatsbeiträgen an Krankenkassen oder **AHV** rät er dagegen ab.